

Die erste Seite

Autor(en): **Huber, Karl**

Objektyp: **Preface**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **54 (1974-1975)**

Heft 4

PDF erstellt am: **12.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Die erste Seite

DIE FRAGE NACH DEN GRENZEN DER STAATSTÄTIGKEIT steht im Raum. Entspricht sie der Realität oder handelt es sich vielmehr um ein weiteres Schlagwort? Eine neue Schau von der Rolle des Staates, weitgehend bedingt durch die Entwicklung zur modernen Industrie- und Wohlstandsgesellschaft, ruft diesen immer mehr in eine Gesamtverantwortung. Das ist gleichbedeutend mit einem starken Anwachsen der Ansprüche an unsern Sozial- und Leistungsstaat. Auch wenn unsere Institutionen auf noch vorhandene Effizienzreserven untersucht und gegebenenfalls entsprechend angepasst werden, zeigt sich gerade in jüngster Zeit doch eines: Auch im öffentlichen Bereich kann nicht alles gleichzeitig und gleichsam aus dem vollen schöpfend getan werden. Die Bewältigung der wachsenden Staatsaufgaben wird so immer mehr zur Frage nach dem Zeitpunkt und dem Mass zu dem beziehungsweise nach welchem etwas getan werden soll. Wir müssen dazu kommen, vermehrt und bewusster mit Zielsetzungen und Prioritäten zu arbeiten. Bei der Inangriffnahme staatlicher Aufgaben muss in noch stärkerem Mass als bis anhin dem Gesichtspunkt der sachlichen und zeitlichen Dringlichkeit Beachtung geschenkt werden. Aufgaben- und Finanzpläne, die aber nicht als blosses Fortschreiben des bisherigen Wunschkatalogs und der vorhandenen Haushaltzahlen verstanden werden dürfen, erhalten besondere Aktualität. Unsere Demokratie wird sich mit der Rolle solcher Aufgaben- und Finanzpläne in politischer, vor allem aber auch in staatsrechtlicher Sicht noch näher auseinandersetzen müssen. Besondere Rücksichtnahme bei der staatlichen Planung verdienen sodann die Bearbeitungskapazität des Parlaments, der Exekutive und ihrer Verwaltung sowie die Vollzugsmöglichkeiten der eidgenössischen und kantonalen Amtsstellen. Einiges deutet darauf hin, dass bis anhin diese Vollzugsprobleme nicht immer entsprechend ihrem Gewicht in Rechnung gestellt wurden.

Die Frage nach den Grenzen der Staatstätigkeit lässt sich auf die Formel bringen: Es ist dem Staat aufgegeben, bei knappen personellen und finanziellen Mitteln und unter zeitlichem und sachlichem Druck wachsende Aufgaben zu erfüllen.

Karl Huber
